

## Antrag A7001: Zurück zu den Wurzeln: Wechselnde Standorte für Bundesparteitage

Antragsteller/-in:	BV Region Stuttgart
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A7 - Weitere Themen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 **Zurück zu den Wurzeln: Wechselnde Standorte für**
- 2 **Bundesparteitage**
- 3 Mehrtägige Bundesparteitage sollen ab dem nächsten vakanten Termin, spätestens
- 4 aber ab dem Jahr 2026 wie in früheren Jahren auch möglichst an jährlich
- 5 wechselnden Orten im gesamten Bundesgebiet stattfinden, bevorzugt in
- 6 wahlkampfführenden Bundesländern.

### Begründung

Seit dem Gründungsparteitag der FDP im Dezember 1948 in Heppenheim haben FDP-Bundesparteitage mit einer Ausnahme stets an wechselnden Orten im gesamten Bundesgebiet stattgefunden. Seit dem 66. Bundesparteitag im Jahr 2015 werden Bundesparteitage aber nur noch in Berlin durchgeführt. Was anfangs noch unter verschiedenen Gesichtspunkten nachvollziehbar war, ist inzwischen lange nicht mehr zu begründen.

CDU und Grüne tagen regelmäßig an wechselnden Orten im ganzen Bundesgebiet, die SPD streut zumindest immer wieder abweichende Tagungsorte ein. Nur die FDP igelt sich komplett in Berlin ein. Ja, Berlin ist die Bundeshauptstadt aber die meisten unserer Wählerinnen und Wähler und auch unserer Mitglieder und Delegierten leben im gesamten Bundesgebiet von Flensburg bis Freiburg, von Dresden bis Aachen.

Zuletzt waren es Dr. Guido Westerwelle und Dr. Philipp Rösler, die dem guten und bürgernahen Prinzip der wechselnden Standorte von Bundesparteitagen gefolgt sind. Dann gab es eine Phase, in der es vorübergehend sinnvoll war, Bundesparteitage in Berlin zu konzentrieren. Diese Phase ist aber inzwischen längst vorüber. Lasst uns nun wieder zu den Bürgern vor Ort gehen!

Außerdem ist es ein Gebot der Fairness gegenüber den vielen hundert ehrenamtlichen Delegierten: derzeit sind es stets Gleichen, die keine oder nur geringe Reisebelastungen haben und es sind auch stets die Gleichen, die erhebliche Reisewege und -zeiten tragen müssen. Hier wäre eine gleichmäßige Verteilung der Lasten für die ehrenamtlichen Delegierten dringend geboten.